

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Renate Künast,
Hans-Christian Ströbele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Drucksache 16/13397 -

**Bahnanbindung für den Flughafen Berlin Brandenburg International
optimieren und beschleunigen**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg sowie der Deutschen Bahn AG zeitnah zur Eröffnung des Flughafens BBI attraktive umsteigefreie Schienenanbindungen mit kundenfreundlichen Taktfrequenzen und kurzen Fahrzeiten sicherzustellen; gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg das laufende Planfestellungsverfahren für die Dresdner Bahn abzubrechen und eine bürgerfreundliche Neuplanung vorzunehmen, die den Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen durch umfangreiche Maßnahmen zum Lärmschutz besser gerecht wird als die geplante ebenerdige Trassenführung, insbesondere im Kernbereich Lichtenrade; sich für eine direkte S-Bahn-Anbindung der östlichen Stadtbezirke Berlins an den Flughafen BBI einzusetzen und mit dem Berliner Senat Verhandlungen darüber aufzunehmen; die bislang für den Weiterbau der Bundesautobahn A 100 vorgesehenen Bundesmittel in Höhe von 420 Millionen Euro vorzugsweise für Schienenprojekte in Berlin zur Entwicklung einer „Leitmetropole klimagerechte Mobilität“ umzuschichten; diese Mittel für die Fertigstellung des Eisenbahnknotens Berlin einzusetzen, insbesondere für die Schienenanbindung des neuen Flughafens BBI über die Dresdner Bahn (mit Lärmschutz), eine direkte Schienenanbindung der bevölkerungsreichen östlichen Bezirke zum BBI und die Verbesserung der Infrastruktur der S-Bahn; für den wahrscheinlichen Fall, dass die auszubauenden Strecken (insbesondere die Dresdner Bahn) nicht rechtzeitig fertig gestellt werden, fahrzeugtechnische Übergangslösungen mit sogenannten Zweisystem-S-Bahnen („Hamburger Modell“) anzustreben, die sowohl auf den Strecken der S-Bahn als auch der Fernbahn verkehren können und die eine umsteigefreie Nord-Süd-Verbindung des Flughafens BBI vom Bahnhof Gesundbrunnen bzw. vom Hauptbahnhof über die Stationen Potsdamer Platz und Südkreuz ermöglichen würden; sich aus Umwelt- und Kostengründen für die im Planfeststellungsverfahren vorgeschlagene alternative Ostanbindung der Fernbahn zum Flughafen BBI, entlang der neu gebauten Autobahntrasse der A113 einzusetzen und auf die Führung durch den Bohnsdorfer Wald zu verzichten und durchzusetzen, dass bei der S-Bahnanbindung in Richtung Norden auf dem geplanten acht Kilometer langen Umweg (die sogenannte S-Bahn-Schleife) durch das Land Brandenburg verzichtet und eine direkte Verbindung in Richtung Grünauer Kreuz gewählt wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/13397 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Jörg Vogelsänger
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht des Abgeordneten Jörg Vogelsänger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/13397** in seiner 227. Sitzung am 18. Juni 2009 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, mit den Ländern Berlin und Brandenburg sowie der Deutschen Bahn AG zeitnah zur Eröffnung des Flughafens BBI attraktive umsteigefreie Schienenanbindungen mit kundenfreundlichen Taktfrequenzen und kurzen Fahrzeiten sicherzustellen; gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg das laufende Planfeststellungsverfahren für die Dresdner Bahn abzubrechen und eine bürgerfreundliche Neuplanung vorzunehmen, die den Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen durch umfangreiche Maßnahmen zum Lärmschutz besser gerecht wird als die geplante ebenerdige Trassenführung, insbesondere im Kernbereich Lichtenrade; sich für eine direkte S-Bahn-Anbindung der östlichen Stadtbezirke Berlins an den Flughafen BBI einzusetzen und mit dem Berliner Senat Verhandlungen darüber aufzunehmen; die bislang für den Weiterbau der Bundesautobahn A 100 vorgesehenen Bundesmittel in Höhe von 420 Millionen Euro vorzugsweise für Schienenprojekte in Berlin zur Entwicklung einer „Leitmetropole klimagerechte Mobilität“ umzuschichten; diese Mittel für die Fertigstellung des Eisenbahnknotens Berlin einzusetzen, insbesondere für die Schienenanbindung des neuen Flughafens BBI über die Dresdner Bahn (mit Lärmschutz), eine direkte Schienenanbindung der bevölkerungsreichen östlichen Bezirke zum BBI und die Verbesserung der Infrastruktur der S-Bahn; für den wahrscheinlichen Fall, dass die auszubauenden Strecken (insbesondere die Dresdner Bahn) nicht rechtzeitig fertig gestellt werden, fahrzeugtechnische Übergangslösungen mit sogenannten Zweisystem-S-Bahnen („Hamburger Modell“) anzustreben, die sowohl auf den Strecken der S-Bahn als auch der Fernbahn verkehren können und die eine umsteigefreie Nord-

Süd-Verbindung des Flughafens BBI vom Bahnhof Gesundbrunnen bzw. vom Hauptbahnhof über die Stationen Potsdamer Platz und Südkreuz ermöglichen würden; sich aus Umwelt- und Kostengründen für die im Planfeststellungsverfahren vorgeschlagene alternative Ostanbindung der Fernbahn zum Flughafen BBI, entlang der neu gebauten Autobahntrasse der A113 einzusetzen und auf die Führung durch den Bohnsdorfer Wald zu verzichten und durchzusetzen, dass bei der S-Bahnanbindung in Richtung Norden auf dem geplanten acht Kilometer langen Umweg (die sogenannte S-Bahn-Schleife) durch das Land Brandenburg verzichtet und eine direkte Verbindung in Richtung Grünauer Kreuz gewählt wird.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 16/13397 in seiner 82. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedauerte, dass eine hervorragende Schienenanbindung für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des BBI nicht realisierbar sei. Sie gehe davon aus, dass alle Beteiligten nach einer vernünftigen Lösung suchten. Die Verantwortung liege vor allem bei den beteiligten Ländern.

Die **Fraktion der SPD** hob die Bedeutung des Flughafens BBI hervor. Eine Anbindung des Flughafens an das Schienennetz sei entgegen der Aussage des Antrags zum Zeitpunkt der Eröffnung gewährleistet. Diese Anbindung werde zwar noch nicht optimal sein, man werde aber an einer weiteren Verbesserung arbeiten. Sie verwies darauf, dass die Zuständigkeit primär bei

den beteiligten Ländern liege. Im Hinblick auf den Antrag kritisierte sie, dass dieser insofern widersprüchlich sei, als er zwar eine schnellere Bahnanbindung für den Flughafen fordere, sich aber zugleich für den Abbruch des Planfeststellungsverfahrens bezüglich der Dresdner Bahn ausspreche.

Die **Fraktion der FDP** stellte in Bezug auf die Dresdner Bahn fest, dass in hochverdichteten Ballungsräumen Verkehrsprojekte immer zu Einsprüchen führten. Man könne auch beim Bau der Dresdner Bahn nicht alle Konflikte vermeiden. Der in dem Antrag geforderte Abbruch des Planfeststellungsverfahrens werde zu einer Verzögerung des Projektes um 10 bis 15 Jahre führen. Sie hob die große überregionale Bedeutung dieses Verkehrsprojektes hervor.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass zum Zeitpunkt der Eröffnung des Flughafens BBI keine Schienenanbindung vorhanden sein werde, welche dem Bedarf entspreche. Sie sei nicht grundsätzlich gegen die Dresdner Bahn, in der geplanten Form werde das Projekt aber Einsprüche nach sich ziehen, welche es jahrelang verzögern würden. Man solle den Flughafen BBI auf der Grundlage eines bürgerefreundlichen Planungsverfahrens schneller und besser an das Schienennetz anbinden.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen den Antrag auf Drucksache 16/13397 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Jörg Vogelsänger
Berichtersteller